

Wahlprüfsteine zu den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen am 13. Mai 2013

1. Welche Initiativen will Ihre Partei ergreifen, um Medienbildung in der Schule deutlich zu stärken?

Medienbildung ist nach Auffassung der Partei DIE LINKE. NRW im Zeitalter sich immer rasanter entwickelnder Medienformen ein lebensbegleitender Prozess. Medienbildung ist nach Auffassung der Partei DIE LINKE. NRW im Zeitalter sich immer rasanter entwickelnder Medienformen ein lebensbegleitender Prozess. Innerhalb des bestehenden Rahmenlehrplans ist die Medienkompetenz auszubauen, indem die Schülerinnen und Schüler mit den verschiedensten Erscheinungsformen der Medienlandschaft vertraut gemacht werden und den verantwortungsvollen Umgang gerade mit den elektronischen Medien erlernen. Darüber hinaus ist zu prüfen, welche Inhalte im Rahmenlehrplan stärker gefördert werden müssen, z.B. Binäre Zahlensystem, Operation Research oder Matrizenrechnung.

2. Wie wird Ihre Partei die Institutionen außerschulischer Bildung und Jugendhilfe so stärken, dass Medienbildung und Kinder- und Jugendmedienarbeit zu einem integrativen Bestandteil dieser Bereiche werden?

Im Kinder- und Jugendförderplan sind im Förderbereich II 6,835 Mio. Euro für die kulturelle Jugendbildung und die Förderung der Medienkompetenz vorgesehen. 2,8 Mio. der Fördersumme geht an Projekte wie „Fit für die mediale Zukunft“. Die durch den Kinder- und Jugendförderplan geförderten Strukturen und Projekte sind in ihrer Bedeutung für die soziale Landschaft in NRW nicht hoch genug einzuschätzen. Daher setzt sich die LINKE dafür ein, dass der Förderplan (Förderbereich II mitinbegriffen) mindestens in seiner Höhe erhalten und perspektivisch ausgebaut wird. Dabei sieht die LINKE insbesondere bei der Strukturförderung zusätzlichen Bedarf, um den Erhalt und Ausbau der Infrastruktur sicherzustellen. Denn eine nachhaltige und dauerhafte Kinder- und Jugendarbeit benötigt aus Sicht der LINKEN eine verlässliche Strukturförderung. Immer neue Projektförderungen helfen hier nicht weiter und bieten keinerlei Planungssicherheit. Parallel sollten neue und innovative Initiativen und Ideen projektbezogen vorangebracht werden, bevor sie bei erfolgreicher Durchführung gegebenenfalls in eine strukturelle Förderung überführt werden.

3. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, damit Kinder und Jugendliche lernen, die Chancen des Internets und der mobilen Kommunikation zur Entwicklung ihrer Persönlichkeit sowie zur Verstärkung ihrer gesellschaftlicher Teilhabe zu nutzen und wie wollen Sie Kinder und Jugendliche vor Gefahren im Internet schützen und über Risiken aufklären?

In der frühkindlichen Bildung sollte die Nutzung von Internet und mobiler Kommunikation sehr begrenzt eingesetzt werden. Kindern sollte für ein gelingendes Aufwachsen möglichst viel Raum für eigenes, kreatives Spielen zusammen mit Gleichaltrigen gegeben werden.

Nun werden Kinder auch im frühen Alter bereits mit medial vermittelten Bildern und Inhalten konfrontiert. Diese sollten im alltäglichen Umgang mit den Kindern thematisiert werden. Erzieherinnen und Erzieher müssen daher selbst befähigt werden, reflektiert und bewusst mit Medien umzugehen. Daher sollte Medienkompetenz in der Ausbildung integriert werden.

Medienbildung ist ein lebenslanger Prozess. Die Grundlagen müssen bereits in der Kita gelegt und in der Schule ausgebaut werden. Ein eigenes Schulfach ist notwendig. Doch damit allein ist es noch nicht getan. Auch die Eltern müssen im Bereich Medienkompetenz weiter gebildet werden. Sie sollen lernen, ihre Kinder nicht mit dem Fernseher und/oder dem Rechner allein zu lassen. Darum müssen auch Einrichtungen der Erwachsenenbildung und Familienberatung im Bereich der Vermittlung von Medienkompetenz gestärkt werden.

4. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um medienpädagogische Themen altersangemessen in die frühkindliche Bildung zu integrieren?

Der reflektierte und bewusste Umgang mit Medien bzw. mit den über Medien wie Fernsehen, Zeitschriften oder auch Internet vermittelten Bildern und Inhalten sollte Teil der Ausbildung für die Erzieherinnen und Erzieher werden. Ein bewusster Umgang mit Medien in der frühkindlichen Erziehung kann dann z.B. auch bedeuten, den Umgang mit bestimmten Medien wie Internet und Fernsehen bewusst zunächst nicht zuzulassen, um Kindern direkte Formen sozialen Miteinanders und kreativer, selbstentwickelten Spielens zu ermöglichen.

Darüber hinaus sollte Eltern für die Medienerziehung ihrer Kinder kompetente Beratung angeboten werden, um den Kindern eine bewusste Mediennutzung vermitteln zu können.

Allerdings wachsen Kinder in einer in hohem Maße durch medial vermittelte Bilder geprägten Gesellschaft auf – das fängt bei geschlechtsstereotypen Werbeplakaten und hört bei der Darstellung von Konfliktlösungsstrategien in Kinderfilmen noch nicht auf. Hier sollte frühkindliche Bildung ansetzen, um gemeinsam mit den Kindern in altersangemessener Weise diese Inhalte herauszuarbeiten und ggf. zu hinterfragen.

Unter den Rahmenbedingungen, die das KiBiz vorgibt, ist dies für die Erzieherinnen und Erzieher aber nur begrenzt zu leisten. Daher fordert die LINKE die Abschaffung des KiBiz und ein neues Kita-Gesetz, um Gute Kitas in NRW zu schaffen. Für qualitativ gute frühkindliche Bildung in den Kitas müssen die Gruppen verkleinert werden, die Fachkraft-Kind-Relation erhöht und verbindlich gewährleistet werden. Weiter brauchen die Erzieherinnen und Erzieher mehr Zeit für die sog. indirekte pädagogische Arbeit, u.a. für die Dokumentation der Entwicklung der Kinder und Vorbereitung von Spielen.

- 5. Medienkompetenz ist eine Schlüsselkompetenz, die heute unverzichtbar zur gesellschaftlichen Teilhabe ist. Wie gedenken Sie pädagogische Fachkräfte der außerschulischen Bildung sowie Lehrerinnen und Lehrer darin kontinuierlich zu qualifizieren? Unterstützen Sie den Vorschlag einer medienpädagogischen Grundbildung für alle pädagogischen Fachkräfte?**

DIE LINKE.NRW unterstützt den Vorschlag einer medienpädagogischen Grundbildung für pädagogische Fachkräfte voll und ganz.

- 6. Wie wollen Sie den Ausbau der medienpädagogischen Elternarbeit und entsprechende Netzwerke in den Regionen verstärken, damit Eltern für aktuelle Aufgaben der Medienerziehung sensibilisiert werden?**

Wir verweisen auf die Antwort zu Frage 2. Nur über eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen ist es möglich, den verschiedensten Trägern und Einrichtungen, die sich in der Vermittlung von Medienkompetenz engagieren die dafür notwendigen Mittel zukommen zu lassen.

- 7. Wie stellen Sie sich die Integration medienpädagogischer Aspekte in die Beratungspraxis von Einrichtungen im Bereich der Eltern- und Familienberatung und der sozialpädagogischen Familienhilfe vor?**

Den Einrichtungen müssen in die Lage versetzt werden, entsprechende Angebote zu entwickeln und zu finanzieren.

Darüber hinaus sollte mit den Trägern der Eltern- und Familienberatung sowie der sozialpädagogischen Familienhilfe gemeinsam diskutiert werden, wie eine notwendige Integration medienpädagogischer Aspekte auf der Höhe der Zeit angemessen in die alltägliche Arbeit konzeptionell gedacht und umgesetzt werden kann. In diesem Zusammenhang wird auch über eine entsprechende finanzielle Förderung durch das Land und gegebenenfalls den Kommunen zu sprechen sein.

- 8. Wie kann Ihrer Meinung nach die Finanzierung der Medienausstattung, des technischen Supports und der Unterstützung von Schulen sichergestellt werden?**

Das Land hat die bildungspolitische Hoheit. Somit steht das Land auch in der Pflicht, für die angemessene Ausstattung der Schulen zu sorgen, auch im Bereich der Medienausstattung. Aufgrund der Wichtigkeit der Erziehung zur Medienkompetenz muss das Land in diesen Bereich mehr Geld stecken.

- 9. Die ständige Veränderung von Kommunikation und Medien erfordert eine kontinuierliche medienpädagogische Praxis- und Evaluationsforschung um zu klären, welche Ansätze erfolgreich und nachhaltig sind. Was haben Sie vor, um eine derartige Forschung und Evaluation zu unterstützen bzw. zu gewährleisten?**

Diese Frage können wir zum jetzigen Zeitpunkt nicht beantworten, da der Meinungsfindungsprozess innerhalb unserer Partei zu diesem Thema noch nicht abgeschlossen ist. Wir bitten um Verständnis.

10. Wie gedenken Sie, die digitale Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen?

Der Ausbau des Breitbandkabels muss gerade in den ländlichen Gebieten voranschreiten, das ist die technische Voraussetzung. Im Bereich der sozialen Voraussetzungen muss das Angebot vergrößert werden. D. h., dass den Menschen, die sich keinen Computer und/oder Internet Anschluss leisten können, öffentliche Möglichkeiten zur digitalen Teilhabe geboten werden muss. Bildungseinrichtungen wie Volkshochschulen und Bibliotheken müssen Plätze vorhalten, an denen Bezieher/innen von Transferleistungen sich kostenfrei auch digital bilden können.

DIE LINKE. NRW
Landesgeschäftsstelle
Kortumstr. 106-108
44787 Bochum
0234/417 479 14
0234/417 479 20 (Fax)
Web: <http://www.dielinke-nrw.de>